

## Thema

### Gerangel um Milliarden

#### Weil viel saniert werden muss, ist für Neubauten kaum Geld da

München . Für Andreas Hölzel vom ADAC ist die Sache klar: sAuf den künftigen Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt kommen große Aufgaben zu.%Neben dem Erhalt des Straßennetzes müsse der CSU-Politiker auch den Ausbau chronisch überlasteter Strecken vorantreiben. Das habe sin der kommenden Legislaturperiode höchste Priorität%oUnd in der Tat scheint Dobrindt den Ruf gehört zu haben: Schwarz-Rot will die Investitionsmittel für die Verkehrsinfrastruktur um fünf Milliarden Euro für die nächsten vier Jahre aufzustocken.

Allerdings wird schon jetzt heftig gerangelt um die zusätzlichen Milliarden. Denn nicht nur bei Straßen und Brücken gibt es seit Jahren einen sInvestitions- und Erhaltungsstau%owie die Fachleute sagen. Auch viele kommunale Verkehrsbetriebe müssen ihre in die Jahre gekommenen U-Bahn-Röhren und -Stationen grundlegend sanieren. In ihrem 185Seiten starken Vertragswerk haben die Koalitionäre daher vereinbart, dass künftig der Erhalt der bestehenden Infrastruktur Vorrang vor dem Bau neuer Anlagen habe. Das beruhigt zwar viele, denen Straßen, Brücken, Tunnel und Bahnhöfe buchstäblich unter den Händen wegbröseln, allerdings bedeutet es nichts Gutes für die vielen geplanten Neubauprojekte in und um München. Die Liste ist lang; doch nahezu überall hakt es bei der Finanzierung. **Augenfälligstes Beispiel ist der geplante zweite S-Bahn-Tunnel, den die Planer zuletzt auf offiziell zwei Milliarden Euro taxiert hatten. Interne Papiere der Bahn zeigen aber, dass 2,4Milliarden nötig werden könnten. Noch aber ist selbst die Finanzierung über zwei Milliarden Euro nicht abschließend fixiert.**

Besonders knifflig ist das Ganze zudem, weil das Geld für den Tunnel, wie für viele andere kommunale Projekte auch, aus einem speziellen Programm des Bundes fließen soll. Dieses Programm aber, das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (GVFG), läuft 2019 aus. Verkehrsplaner fordern seit Jahren ein Nachfolgeprogramm, das mit möglichst vielen Milliarden ausgestattet werden sollte, damit für die vielen Ideen und Projekte einigermaßen Planungssicherheit besteht. Doch Schwarz-Rot hat zunächst nur vereinbart, die Frage nach dem Nachfolgeprogramm einer Arbeitsgruppe aus Bund und Ländern zu übertragen. Bis die sich geeinigt haben, wird es einige Zeit dauern. mvö

Quelle: Süddeutsche Zeitung, Montag, den 30. Dezember 2013, Seite 34